

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/147
3. August 1973

Währungsreform vor der entscheidenden
Phase

Aber die Beteiligten-Interessen müssen im
Einklang sein

Von Karl Otto Pöhl
Staatssekretär im Bundesministerium der
Finanzen

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Europäische Gewerkschaftskonferenz nicht in
Sicht

Sachdienliche Klarstellungen zu einem aktuel-
len Thema

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

CDU-Medienpolitik in der Praxis

Erstaunliche Vorgänge um den Norddeutschen
Rundfunk

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

In memoriam Fritz Segall

Danke an einen treuen Sozialdemokraten

Seite 7 / 37 Zeilen

Weltwährungsreform vor der entscheidenden Phase

Aber die Beteiligten-Interessen müssen im Einklang sein

Von Karl Otto Pöhl

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die Arbeiten an der Reform des internationalen Währungssystems sind mit dem Ministertreffen des Zwanziger-Ausschusses vom 30. und 31. Juli 1973 in Washington aus dem Stadium der allgemeinen Erklärungen in das Stadium echter Verhandlungen übergegangen. Von den Ministern wurde erstmals ein konkreter Beschlußtext, der "Entwurf der Reformgrundsätze" erörtert, der im Einzelnen die Ziele und die Elemente der Reform beschreiben soll.

Die Diskussion der Minister hat ergeben, daß bis zu einer endgültigen Einigung über ein neues Abkommen noch eine schwierige Wegstrecke zu überwinden ist. Sie hat aber auch ein hohes Maß an Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten des Atlantiks sichtbar werden lassen. Insbesondere Bundesfinanzminister Helmut Schmidt hat zu den wichtigen Fragen des Anpassungsprozesses und des Ausgleichs von Zahlungsbilanzsalden recht detaillierte und stark beachtete Vorschläge gemacht, die zu einer Überbrückung bisheriger Gegensätze beitragen und die weiteren Beratungen positiv beeinflussen werden.

In der zentralen Frage, wie das Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen künftig besser gewährleistet werden kann, haben wir die amerikanische Forderung grundsätzlich unterstützt, daß jedes Land eine klare, meßbare Verpflichtung übernehmen soll, seine Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll die Aufgabe haben, die Einhaltung dieser Verpflichtung zu überwachen. Wir sind den Amerikanern allerdings nicht darin gefolgt, daß eine Verpflichtung zur Anpassung automatisch beim Erreichen bestimmter Ober- und Untergrenzen der Währungsreserven wirksam wird. Wir stellen uns vielmehr vor, daß die Beurteilungsmaßstäbe vom IWF entwickelt werden, und daß Reservebewegungen nur ein Maßstab unter mehreren sein sollten. Wenn ein Land von dieser Verpflichtung abweicht, soll es einem besonderen

Prüfungsverfahren im IWF unterworfen werden. Der IWF könnte dann ggf. den betreffenden Staat zu Anpassungsmaßnahmen auffordern. Erforderlichenfalls sollen evtl. auch Druckmittel (z.B. Strafzinsen oder Ausschluß von SZR-Zuteilungen) eingesetzt werden können. Diese Druckmittel dürfen aber ebenfalls nicht automatisch in Kraft treten, sondern nur nach einem Beschluß des IWF.

Auch in dem zweiten für die Industriestaaten besonders wichtigen Punkt, dem Ausgleich von Zahlungsbilanzsalden, zeichnen sich Annäherungen ab. Die europäischen Länder haben einen vollen und obligatorischen Saldenausgleich mit Reservenaktiva gefordert, um der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten mit eigener Währung und der damit verbundenen Ausdehnung von Devisenreserven ein Ende zu bereiten. Die USA wollten dagegen zu einer etwas modifizierten Dollarkonvertierbarkeit herkömmlicher Art zurückkehren. Wir haben zu erwägen gegeben, daß sich die wichtigeren Staaten - praktisch die Industrieländer - im Rahmen eines Systems der Multiwährungs-Intervention strengen Regeln für den Saldenausgleich unterwerfen, daß aber für die übrigen Länder die weniger strenge Form des Saldenausgleichs vorgesehen wird, die von den USA gewünscht wird, und die auch den Vorstellungen dieser übrigen Länder eher entspricht.

Schwierig wird es noch sein, die Position der Entwicklungsländer im neuen Währungssystem richtig zu bestimmen. Diesen Ländern geht es vor allem darum, einen höheren Anteil an den künftig neu zu schaffenden Sonderziehungsrechten zu erhalten, um damit ihre wirtschaftliche Entwicklung zu finanzieren. Die neuen Regeln für den Anpassungsprozeß möchten viele von ihnen dagegen am liebsten nur auf die großen Länder angewendet wissen, und auch den notwendigen Beschränkungen für die Anlage von Währungsreserven - z.B. auf dem Euro-Dollarmarkt - wollen sie sich nur ungern unterwerfen.

Das künftige internationale Währungssystem wird aber nur dann eine stabile und dauerhafte Grundlage für den Welthandel werden können, wenn alle Beteiligten bereit sind, ihre eigenen Interessen mit den Interessen der übrigen Staaten in Einklang zu bringen.

(-/3.8.1973/ks/ex)

Europäische Gewerkschaftskonferenz nicht in Sicht

Sachdienliche Klarstellungen zu einem aktuellen Thema

Seit Jahren versuchen führende sowjetische Gewerkschaftsführer ihre westlichen Kollegen für eine "Europäische Gewerkschaftskonferenz" zu begeistern. Es klingt überzeugend und wirkt faszinierend: Europäische Arbeitnehmer, vertreten durch ihre Gewerkschaften, beraten und diskutieren gemeinsame Fragen! Es gibt deren wirklich genug in Europa, wie zum Beispiel Mitbestimmung, Freizügigkeit und soziale Sicherheit. Die Begriffe sind zwar klar, doch der Inhalt und das Verständnis unterschiedlich. Deshalb auch ist die westliche Seite zurückhaltend und skeptisch. Vor dem großen Wurf müssen erst viele kleine Schritte getan werden. Ausserdem bieten für internationale Gewerkschaftsfragen bereits der IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) und für europäische Probleme der EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) das notwendige Forum. Eine politische Ost-West-Gewerkschaftskonferenz könnte die mit viel Mühe und Fleiß geschaffenen internationalen Gewerkschaftsorganisationen umspielen und sie für bestimmte Fragen aktionsunfähig machen. Diese derzeitige Absage an eine "Europäische Gewerkschaftskonferenz" bedeutet jedoch keine Absage von Gesprächen mit kommunistischen Gewerkschaften. Die Tür ist schon zu lange offen.

Bereits im Jahr 1971 hatten sich auf dem Kongress der finnischen Gewerkschaften (SAK) führende Gewerkschafter aus Ost und West getroffen, und seit Jahren kam es wieder zu einem Gespräch zwischen Vertretern des IBFG und des kommunistischen WGB. Nach jahrelangem Schweigen sprach man wieder zusammen, jedoch nicht im Auftrag der Organisationen.

Die Sowjets überraschten mit ihrem Vorschlag einer Europäischen Gewerkschaftskonferenz. Die westlichen Gewerkschafter, zu jeder sachlichen Aussprache bereit und willens die weitweite Entspannungspolitik zu unterstützen, kontrierten mit dem Gegenvorschlag, die seit Jahren fällige zweite Europäische Regionalkonferenz des Internationalen Arbeitseamtes möglichst bald durchzuführen. Dabei

sollen wichtige europäische Fragen behandelt werden und sofern die IAO einverstanden ist, sollen im Rahmen der Regionalkonferenz auch Konsultativgespräche der Gewerkschaften stattfinden. Das war nicht die Vorstellung der sowjetischen Gewerkschaften, aber sie willigten in den Kompromissvorschlag ein.

Beide Seiten hielten ein weiteres klärendes Gespräch in dem Augenblick für notwendig, wenn der Termin der Regionalkonferenz der IAO feststeht. Das europäische Regionaltreffen soll nun im Januar 1974 in Genf stattfinden, und so traf man sich in Wien zu einem weiteren bereits vereinbarten Gespräch. Am 28. und 29. Juli kam es in der österreichischen Hauptstadt zu einem zweiten Sechser-Treffen: A.N. Schelepin, Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften der UDSSR, der FDGB-Stellvertreter W. Beyreuther für den kranken H. Warnke, S. Gaspar, Gewerkschafts-Generalsekretär aus Ungarn, der Generalsekretär des britischen TUC, Victor Feather, Arne Geijer für die Schwedischen Gewerkschaften und der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter. Sie wurden von dem österreichischen Gewerkschaftspräsidenten A. Benya begrüßt.

Wieder kamen sie zusammen als führende Persönlichkeiten der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Noch träumen die Sowjets von einer Europäischen Gewerkschaftskonferenz, doch sie sind realistisch und bereiten sich daher auf die Regionalkonferenz der IAO vor. Kontroversen gab es um die etwaige Teilnahme der beiden französischen Gewerkschaftsorganisationen, der kommunistischen und der sozialistischen. Im Januar soll in Genf eine Konsultation führender Gewerkschafter aus Ost und West im Rahmen der IAO Regionalkonferenz durchgeführt werden. Dabei soll erörtert werden, wie man zusammenarbeiten kann und sollte. Dann erst kann man über weiteres sprechen. Da die westlichen Gewerkschaftsführer als Einzelpersonen und somit nicht auf Beschluß, aber wohl mit Billigung ihrer Organisationen, in Wien waren, müssen sie zunächst ihren Organisationen berichten. Danach werden die Gremien der nationalen wie auch der internationalen Gewerkschaftsorganisationen zu beschließen haben, ob man nach Genf gehen wird und welche Punkte zur Beratung vorgeschlagen werden sollen.

In Wien also ist nur eine wichtige Vorentscheidung gefallen. Das Tor zu einer Europäischen Gewerkschaftskonferenz bleibt im Westen geschlossen. Man will das sachliche Gespräch über das notwendige Nebeneinander und Miteinander, jedoch keine spektakulären politischen Konferenzen.

Rudolf Walter
(-/3.8.1973, wt/ex)

+ + +

CDU-Medienpolitik in der Praxis

Erstaunliche Vorgänge um den Norddeutschen Rundfunk

Im Hamburger Arbeitsgericht steht ein Prozeß bevor, der in mehrfacher Beziehung Merkmale des Ungewöhnlichen trägt: Kläger und Beklagte, die hier vor die Schranken des Gerichtes treten, sind völlig einer Meinung, denn sie waren gerade dabei, einen Dienstvertrag zu verlängern. Anderer Meinung dagegen ist ein Dritter, ein Unbefugter, der in diesem Verfahren trotzdem nicht als Beklagter herangezogen werden kann.

Es geht um die von einer CDU-Mehrheit im Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks abgelehnte Vertragsverlängerung für den langjährigen Chefredakteur des Regionalprogrammes, Erhard Herzig, dessen Verbleiben im Amt der Intendant mit Unterstützung seines Stellvertreters, des Programmdirektors, des Betriebsrates und des Redakteurausschusses dem Verwaltungsrat vorgeschlagen hatte. Ganz anderer Meinung war da eine CDU-Mehrheit im Verwaltungsrat, dessen Vorsitz am 7. Juli vom niedersächsischen CDU-Abg. Dr. Remmers auf den Hamburger CDU-Politiker Jürgen Echternach übergegangen ist. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, eben Herr Echternach, hat sich schon seit langem auf die Abwahl des derzeitigen NDR-Intendanten eingestellt und auf die Besetzung des Regionalfernsehens mit einem Unionchristen. Wenn es nach ihm ginge, dürften auch einige seiner eigenen Parteifreunde nicht länger im Amt bleiben, die bisher immer die Interessen der öffentlich-rechtlichen Anstalt und ihrer Programme höher gestellt haben als die manchmal recht engen Wünsche der eigenen Partei.

Anfang Juli also benützte die CDU die Stellung des Vorsitzenden im Verwaltungsrat (vier SPD, vier CDU, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden) dazu, in die Personalpolitik des Senders einzugreifen, und sei es mit Hilfe des

Rechtsmißbrauches. Nach dem Staatsvertrag über den NDR hat nämlich der Verwaltungsrat über die Wirtschafts- und Finanzgebarung der Anstalt zu wachen und dies auch selbstverständlich hinsichtlich der Besoldungshöhe und der Vertragskonditionen leitender Mitarbeiter. Daß aber dieses Aufsichtsgremium dem Intendanten nicht die Programmgestaltung und die Personalpolitik aus der Hand nehmen darf, hatten schon die Väter des Staatsvertrages 1955 in der Begründung zu diesem Gesetz klargemacht: Die Kontrolle der Anstalt durch den Verwaltungsrat geht nämlich von dem Grundsatz aus, daß dem Intendanten in allen künstlerischen und publizistischen Angelegenheiten eine möglichst große Freiheit von Weisungen zu sichern, er dagegen bei der Finanzgebarung der Anstalt weitgehend zu binden ist. Es liegt nun bei den Hamburger Richtern, der CDU diese Grundsätze in Erinnerung zu bringen.

Der Kompetenzmißbrauch der CDU-Mehrheit im Verwaltungsrat des Senders spielt sich ab vor dem Hintergrund der Anfang November 1973 auslaufenden Verträge des Intendanten und seines Stellvertreters. Nach einer Äußerung Echternachs soll Intendant Schröder, der die Anstalt seit 12 Jahren leitet, von "einer dynamischen überparteilichen Persönlichkeit abgelöst werden, die auch im Management Erfahrungen hat". Wer das sein könnte, ist offenbar auch den Unionschristen nicht klar, denn sie konnten bisher nur einen ehem. Nachrichtenredakteur der Springer-"Welt" nennen, der seit einiger Zeit eine Regionalzeitung im Saarland leitet. Die Sozialdemokraten dagegen haben aus guten sachlichen Gründen klargemacht, daß ihr Kandidat Gerhard Schröder bleibt. (-/3.8.1973/ks/ml/ee/ex)

+ + +

In memoriam Fritz Segall

Dank an einen treuen Sozialdemokraten

Im Alter von 72 Jahren ist in einem londoner Krankenhaus Fritz Segall einer langen und schweren Krankheit erlegen. Auch in diesem Jahr wollte er wieder mit seiner Frau die Bundesrepublik besuchen, in der er viele Freunde besaß, doch der Tod kam ihm zuvor. In Neudamm in der Neumark geboren, in Berlin aufgewachsen, trat er mit 18 Jahren in die SPD ein und war zeitlebens als Journalist auch als Mitarbeiter des "Vorwärts", des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" und der Gewerkschaftspresse tätig gewesen. Sein Hauptinteresse aber galt von Anfang an dem gerade sich entwickelnden Rundfunkwesen. Über fünf Jahre war Segall Geschäftsführer des Arbeiter-Radio-Bundes gewesen; als Verbindungsmann zwischen der SPD-Reichstagsfraktion und dem Kultusministerium hat er für eine adäquate Beteiligung der Arbeiterbewegung am Programm des Rundfunks gesorgt. Er baute die Organisation der Kurzwellensender aus, die das "Reichsbanner" dann bei der Bekämpfung des Nationalsozialismus wirkungsvoll einsetzen konnte.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahre 1933 erfolgte die Verhaftung Segalls, doch durfte er sich aber später innerhalb der jüdischen Gemeinde Berlins der Umschulung und Ausbildung erwerbslos gewordener Künstler widmen, die danach auswandern wollten. Das tat er mit Eifer und Hingabe. Aber auch ihm blieben nicht die Bitternisse der Emigration erspart. Nach 1939 schlug er sich als Fabrikarbeiter in Großbritannien durch und fand später Beschäftigung im Buchhandel- und Verlagswesen. Seine Hilfsbereitschaft kannte keine Grenzen.

Nach dem Zusammenbruch und dem Wiederaufbau der SPD wurde Fritz Segall von Dr. Kurt Schumacher zum Verbindungsmann zur britischen Labour-Party bestimmt. Er organisierte Hilfsaktionen für das hungernde Deutschland, doch sein entscheidender Beitrag war ein unermüdliches Werben für ein besseres Verständnis der deutschen Probleme. Hier hat er Großes geleistet und wir alle haben ihm viel zu verdanken. Mit Fritz Segall haben wir einen Menschen verloren, dessen Güte, stetige Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit die Herzen der anderen Menschen erwärmte. Für alle, die ihn kannten, bleibt er unvergessen.

Fritz Heine
(-/3.8.1973/wt/ex)

+ + +